

BERLINER STIMME

Zeitung der Berliner Sozialdemokratie | Nr. 1 · 2018 | 68. Jahrgang

TITELTHEMA
ERNEUERUNG



PLÄDOYER
Zeit für eine neue
soziale Agenda

INTERVIEW
Lars Klingbeil über die
Erneuerung der SPD

REPORTAGE
Inklusion und Teilhabe:
Lisa lässt nicht locker



Erneuerung wagen

BERLIN STEHT NIE STILL, sondern verändert sich stetig. Politik muss dafür sorgen, dass unsere Stadt trotz und wegen der Veränderungen für alle lebenswert bleibt: Für die Berlinerinnen und Berliner, die Angst um ihren Kiez haben und für diejenigen, die dringend eine Wohnung brauchen. Für die Familien, die einen Kitaplatz und gute Schulen wollen und für Ältere, die gute Pflege benötigen. Sie alle sind auf eine funktionierende Stadt angewiesen. Stillstand ist da kein guter Ratgeber. Häufig müssen wir neue Wege gehen. In meinem Plädoyer „Zeit für eine neue soziale Agenda“ spreche ich mich für ein solidarisches Grundeinkommen aus. Statt die Arbeitslosigkeit vieler zu verwalten, sollten wir ihnen durch einen neuen Arbeitsmarkt Chancen zur Teilhabe ermöglichen. Eine Veränderung, die vielen Menschen neue Perspektiven eröffnet.

Erneuerung bedeutet Mut. Die SPD als Fortschrittspartei hat immer Mut und Optimismus bewiesen, die Veränderungen anzupacken und sich der Zukunft zu stellen. Für das Wohl aller, statt dem Vorteil Einzelner. Erneuerung funktioniert auch nicht von oben nach unten, sondern nur im respektvollen Miteinander.

Der Bundesparteitag hat es eindrucksvoll gezeigt: Unser offener Austausch, das Ringen um Positionen ist gelebte Demokratie. Darauf sollten wir stolz sein. Jetzt habt ihr, unsere Mitglieder, das letzte Wort. Ihr werdet entscheiden, ob wir in eine neue Große Koalition gehen. Wie auch immer das Ergebnis ausgehen wird, eins bleibt klar: Die Erneuerung der Partei darf nicht durch Koalitionsverhandlungen gestoppt werden. Wir müssen die Menschen wieder für die Sozialdemokratie begeistern.

Erneuerung kann ein kraftvoller Motor sein. Lasst ihn uns gemeinsam nutzen, um die SPD gut für die Zukunft aufzustellen. Unsere Werte, unser Kampf für Frieden, Freiheit und Solidarität werden nie altmodisch. Daran werden wir uns immer orientieren.

Ich wünsche Euch bei der Lektüre der neuen Berliner Stimme viel Vergnügen.

Euer



TITELTHEMA

Erneuerung

02 **EDITORIAL**

Erneuerung wagen

Text Michael Müller

Foto Markus Wächter

06 **TITELTHEMA**

Zeit für eine neue soziale Agenda

Text Michael Müller

Illustration Laura Breiling

10 **INTERVIEW MIT LARS KLINGBEIL**

Der soziale Zusammenhalt zählt

Fragen Birte Huizing

Foto Nico Roicke

12 **GASTBEITRAG**

Radikaler Neubeginn

Text Oliver Ronnisch

Foto Philippe Grangeaud

15 **FOTOSTRECKE SPD PARTEITAG**

Gelebte Demokratie

Text Christina Bauermeister

Fotos Ute Grabowski

AUS DEM LANDESVERBAND

Berliner Stimmen

18 **NEUMITGLIEDER-INTERVIEW**

MIT STEFANIE HORN

Wir brauchen eine mutige Utopie

Fragen Christina Bauermeister

21 **AUS DEM LANDESVERBAND**

Gut aufgestellt?!

Text Anett Seltz

Foto Joachim Gern

22 **INTERVIEW MIT KEVIN KÜHNERT**

Wir brauchen wieder SPD pur

Fragen & Foto Christina Bauermeister

Kultur & Geschichten

25 **LITERATUR-REZENSION**

Juli Zeh: Leere Herzen

Text Erik Haase

30 **FOTOSTRECKE**

Wir schaffen das

Fotos Marlon Bünck

26 **REPORTAGE**

Lisa lässt nicht locker

Text Christina Bauermeister

Fotos Nico Roicke



IMPRESSUM

BERLINER STIMME

Zeitung der Berliner Sozialdemokratie

HERAUSGEBERIN SPD Landesverband Berlin,
Landesgeschäftsführerin Anett Seltz (V.i.S.d.P.),
Müllerstraße 163, 13353 Berlin,
Telefon: 030.4692-222, E-Mail: spd@spd.berlin
Webadresse: www.spd.berlin

REDAKTION

Christina Bauermeister und Birte Huizing,
E-Mail: redaktion.berlinerstimme@spd.de
Telefon: 030.4692-150

MITARBEIT Laura Breiling (Illustration),
Marlon Bünck, Erik Haase, Oliver Ronnisch

GRAFIK Nico Roicke und Hans Kegel

ABONNEMENT 29 Euro pro Jahr im Postvertrieb

ABO-SERVICE Telefon: 030.4692-144,

Fax: 030.4692-118, berliner.stimme@spd.berlin

DRUCK Häuser KG Buch- und Offsetdruckerei, Köln

Zeit für eine neue soziale Agenda

Das Solidarische Grundeinkommen bringt Menschen in Arbeit statt sie im gescheiterten Hartz-IV-System zu verwalten

DIE AGENDA 2010 sollte in wirtschaftlich schwierigen Zeiten die deutsche Wirtschaft konkurrenzfähig machen und den Arbeitsmarkt mit der Devise „fördern und fordern“ flexibler gestalten. Ob die gute wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands Folge dieser Politik war, bleibt dahingestellt. Sicher ist hingegen, dass die Agenda-politik die Gesellschaft und natürlich auch die deutsche Sozialdemokratie in eine mitunter zerreiende Gerechtigkeitsdiskussion geföhrt hat, die bis heute nicht überwunden ist. Gleichzeitig hat die Einführung von Hartz IV, Leiharbeit und weitere Flexibilisierungen auf dem Arbeitsmarkt der SPD große Teile ihrer Wähler- und Mitgliedschaft gekostet. Zudem war das traditionell wichtige und gute Verhältnis zu den Gewerkschaften lange bis zur Sprachlosigkeit belastet.

Immer noch spürt man in internen und auch öffentlichen Diskussionen schnell, dass diese Wunden nicht verheilt sind. Die verschiedenen und mitunter erfolgreichen Versuche, gerade auch in den letzten vier Regierungsjahren, die Instrumente der Arbeitsflexibilisierung wie Leiharbeit, Zeitverträge und schlecht bezahlte Praktika wieder stärker zu regulieren sowie der prekären Arbeit durch die Einführung des Mindestlohnes ihre Spitze zu nehmen, konnten das Vertrauen vor allem in die Arbeits- und Sozialpolitik nur bedingt wiederherstellen. Aber beides gehört zum zentralen „Markenkern“ der Sozialdemokratie.

Es ist endlich an der Zeit, dem Hartz-IV-System etwas Neues entgegenzusetzen. Denn die Agendapolitik ist für die betroffenen Menschen eine Bürde und für die Sozialdemokratie seit weit über zehn Jahren ein schweres Erbe. Ich bin davon überzeugt, dass es dabei keinen Sinn macht, weiter auf Reformen der Agenda 2010 und ihrer Maßnahmen zu setzen, um die Gerechtigkeitslücke wieder zu schließen. Wir müssen ganz neue Wege gehen.

Zeit für etwas Neues

Wir brauchen stattdessen eine neue soziale Agenda. Nur so wird es uns gelingen, auf die neue Herausforderung der Digitalisierung der Arbeitswelt zu reagieren. Eine neue soziale Agenda muss Antworten auf mehrere Zukunftsfragen geben. Sie muss im Gesundheitsbereich auf der Bürgerversicherung fußen, in die alle nach ihren finanziellen Möglichkeiten einzahlen. Außerdem muss durch eine garantierte Mindestrente in einem ersten Schritt schnellstens Altersarmut entgegengewirkt werden. Der Staat sollte zusätzliche Altersvorsorge auch nicht länger dem Kapitalmarkt überlassen, denn das führt für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu einer Abhängigkeit von den Schwankungen eben dieses Kapitalmarktes wie es jetzt bei einer dauerhaften Niedrigzinspolitik der Fall ist.

Herzstück dieser neuen sozialen Agenda müsste aber die Abschaffung von Hartz-IV sein. Nur so kann die Gerechtigkeitslücke des viel zu oft nur Langzeitarbeitslosigkeit verwaltenden Hartz-IV-Systems bekämpft werden. Zunächst sollte die erste Versorgungsstufe, das Arbeitslosengeld I, wie bereits von der SPD vorgeschlagen, für Qualifizierungen länger gewährt werden. Bestehen bleibt aber die Herausforderung, auch Menschen in Arbeit zu bringen, die durch diese Maßnahmen nicht auf Anhieb fit für den Arbeitsmarkt werden, oder schon länger arbeitslos sind.



Eckpfeiler für ein Solidarisches Grundeinkommen

Ich habe dafür Anfang November als Bundesratspräsident in einem Grundsatzzartikel zum Thema „Digital und Sozial“ unter anderem den Vorschlag eines „Solidarischen Grundeinkommens“ gemacht, wofür es viel Zuspruch gab. Zunächst geht es mir darum, eine Diskussion anzuregen. Über diesen Diskurs müssen wir ermitteln, wieviel Bereitschaft es in Politik und Gesellschaft zu einem grundlegenden Umbau unseres Sozialsystems gibt.

Grundsätzlich müssen wir endlich aufhören, den Ausschluss aus der Gesellschaft zu organisieren, anstatt uns um die Teilhabe zu bemühen. Dabei geht es auch um gesellschaftlichen Zusammenhalt in Zeiten der Modernisierung. Das Geld, das wir bisher für die bürokratische Verwaltung von Arbeitslosigkeit und Sozialhilfe ausgeben, kann als Grundstock für ein solidarisches Grundeinkommen eingesetzt werden, das fair bezahlte Arbeit für den Einzelnen und ein besseres kommunales Angebot für die Gemeinschaft schafft. Arbeit, die zu Anerkennung und damit Teilhabe führt und auch bei vielen wieder den Wunsch nach einem weiteren Aufstieg schafft. Aus den vielfach Arbeitslosigkeit verwaltenden Arbeitsagenturen können so „Arbeit-für-alle-Agenturen“ werden.

Das Solidarische Grundeinkommen kann eine Antwort sein, um die Arbeitsplätze zu ersetzen, die durch die Digitalisierung wegfallen. Und es schafft ein Bündnis zwischen der Gesellschaft und den von Langzeitarbeitslosigkeit bedrohten Menschen. Gleichzeitig können zahl-

reiche Menschen wieder für ihre eigene Altersvorsorge Sorge tragen. Eckpfeiler für ein Solidarisches Grundeinkommen sind dabei meines Erachtens die folgenden sechs Grundsätze:

1. Arbeit mit Solidarischem Grundeinkommen wird wie jedes Arbeitsverhältnis freiwillig aufgenommen. Wer keine Tätigkeit wahrnehmen kann oder will, erhält eine neu zu definierende Sozialhilfe. Es bleibt aber der Grundsatz, dass sich Arbeit lohnen, also deutlich über dem Sozialhilfesatz liegen muss.
2. Es muss sich um „gesellschaftliche“ Tätigkeiten handeln, die vorher für Kommunen nicht finanzierbar waren. Das heißt, die mindeste Anforderung ist, dass die Jobs ohne die Abschaffung von Hartz IV und Einführung des Solidarischen Grundeinkommens nicht angeboten werden könnten und somit auch keine reguläre Arbeit verdrängt wird.
3. Die Arbeit muss regulär und sozialversicherungspflichtig sein und in der Regel von kommunalen oder landeseigenen Unternehmen angeboten werden. Das Solidarische Grundeinkommen darf kein Mittel zum privaten Mehrwert sein.
4. Die mindeste Entlohnung ist der Mindestlohn und die Tätigkeiten müssen tarifvertraglich abgesichert werden. Hier sind verantwortungsvolle Gewerkschaften als Tarifpartner gefordert.
5. Die Tätigkeiten sind unbefristet. Es werden aber parallel Umschulungs- und Qualifizierungsangebote angeboten, um das System durchlässig zu machen.



6. Statt Langzeitarbeitslosigkeit zu verwalten, wird die Steuerung und Vermittlung der neuen Jobs von den Arbeitsagenturen übernommen. Deren Hauptaufgabe wird es somit sein, kommunale Arbeitsangebote und Arbeitssuchende zusammenzubringen.

Die möglichen und sinnvollen Tätigkeiten müssen klar definiert werden und den hier dargestellten Grundsätzen entsprechen. Wir können dadurch unseren Begriff der Daseinsvorsorge um eine breite Palette gesellschaftlich sinnvoller Arbeit erweitern. Ein großer Teil davon muss für ungelernete oder angelernte Menschen leistbar sein. Denn gerade deren einfache Tätigkeiten werden voraussichtlich mehr und mehr automatisiert.

Gleichzeitig müssen wir ein umfangreiches Angebot für Qualifizierung und Umschulung aufbauen. Die Idee von Andrea Nahles, zur Finanzierung ein Erwerbstätigenkonto für jeden Erwerbstätigen zu Beginn seiner Arbeitslaufbahn anzulegen, weist den richtigen Weg und sollte intensiv diskutiert werden. Hier sind vor allem die Arbeitgeber gefragt, die letztendlich bei zunehmendem Fachkräftebedarf von den Qualifizierungen profitieren.

Wirtschaft in die Verantwortung nehmen

Abschließend stellt sich natürlich die Frage der Finanzierung. Die zurzeit anfallenden Kosten für Hartz-IV-Ausgaben, Verwaltung der Arbeitslosigkeit, Einzahlung in die Sozialkassen und dadurch Erlangung von eigenen Rentenansprüchen schaffen einen nicht unerheblichen finanziellen Grundstock. Darüber hinaus kann eine weitere Finanzierungssäule für das Solidarische Grundeinkommen endlich eine angemessene Besteuerung von Kapitaleinkünften, Erbschaften und Finanztransaktionen sein. Denn zu einer sozialen Marktwirtschaft gehört auch die Verantwortung der Wirtschaft.

Natürlich sind noch viele Fragen offen, die geklärt werden müssen. Aber es lohnt sich, genau das im Rahmen der hier dargestellten Grundzüge zu tun, wenn man der Gesellschaft und den arbeitssuchenden Menschen gemeinsam die Möglichkeit bieten will, eine umfangreichere und bessere Daseinsvorsorge für das zukünftige Zusammenleben zu erarbeiten und gleichzeitig wieder mehr Teilhabe, Eigenverantwortung und Zukunft zu bieten.

Wir stehen am Anfang eines Diskurses zu mehr Arbeit und Solidarität. Dieser muss ergebnisoffen und vorurteilsfrei geführt werden. Und dabei muss der Wille im Vordergrund stehen, im Kontext eines neu zu definierenden Sozialsystems auch in diesem Bereich etwas Neues für die Menschen zu schaffen, die endlich wieder ein fester Bestandteil der arbeitenden Gesellschaft sein möchten. Diesen Menschen Hoffnung zu geben, ist auch eine Frage des Respekts.

Der soziale Zusammenhalt zählt

*Birte Huizing sprach mit Lars Klingbeil über
seine neuen Aufgaben als SPD-Generalsekretär*

LIEBER LARS, du wurdest beim Parteitag im Dezember zum neuen Generalsekretär gewählt. Wie waren die ersten Tage in der neuen Position?

Spannend! Als Martin Schulz mich gefragt hat, ob ich mir vorstellen kann, Generalsekretär zu werden, war die Lage ja noch eine etwas andere. Jetzt kümmere ich parallel zur Erneuerung der SPD auch um die Organisation von Koalitionsverhandlungen und einen Mitgliederentscheid. Und bei all diesen Aufgaben merke ich: Die Erneuerung ist das Wichtigste – unabhängig davon, ob die SPD regiert.

Du warst Teil des Sondierungsteams der GroKo. Welche Themen waren dir besonders wichtig?

In der Präambel des Sondierungspapiers steht, dass wir verstanden haben, dass wir in den letzten Jahren Fehler gemacht haben. Für diesen Satz habe ich lange gekämpft, weil er die Voraussetzung dafür ist, dass es eine neue Politik geben kann. Ich möchte, dass wir aufhören, Misserfolge schön zu reden. Wir haben in der letzten schwarz-roten Koalition Kompromisse gemacht, die weit von sozialdemokratischen Idealvorstellungen entfernt waren. Wenn das so ist, sollten wir das auch sagen. Die Menschen haben ein starkes Gefühl dafür, was echt ist und was nicht.

Die erste Hürde zur GroKo wurde auf dem Sonderparteitag in Bonn genommen. Aber: Es gibt auch viele GroKo-Gegner in der Partei.

Wie möchtest Du die Genossinnen und Genossen davon überzeugen, für die GroKo zu stimmen?

Der Parteitag hat beschlossen, Koalitionsverhandlungen mit der Union aufzunehmen. Wir haben hart verhandelt und ein Ergebnis bekommen, das die SPD-Mitglieder hoffentlich inhaltlich überzeugt. Das wichtigste Ziel von Politik muss doch sein, das Leben der Menschen besser zu machen. Wenn wir das schaffen, dann werden die SPD-Mitglieder auch zustimmen – da bin ich optimistisch.

Die SPD ist sehr geschwächt aus der GroKo gegangen. Was müssen wir bei der Neuaufgabe besser machen?

Wir haben in der letzten schwarz-roten Koalition trotz aller Beteuerungen die Partei nicht erneuert. Ich bin dafür angetreten, dass das dieses Mal anders wird. Mein Ziel ist, die SPD wieder zu einer mutigen, zukunftsorientierten politischen Kraft zu machen, die den sozialen Zusammenhalt in unserem Land immer an die erste Stelle stellt. Denn das unterscheidet uns von den anderen Parteien. Und das müssen wir auch in einer möglichen Bundesregierung herausstellen. Wir werden eigenständiger und selbstbewusster auftreten als bisher.

Du hast bei deiner Antrittsrede viel über Erneuerung gesprochen. Wie muss sich die SPD in Zukunft aufstellen?

Ich habe in den vergangenen Monaten immer wieder einen Wunsch aus der Partei gehört: Mehr Debatte. Mehr inhalt-



licher Streit. Kein breitbeiniger Führungsstil, sondern ernsthafter Dialog und Beteiligung. Ich finde, die vergangenen Tage sind dafür ein guter Anfang. Aber wir brauchen auch mehr digitale Mitmachmöglichkeiten und neue Ideen, um vor allem junge Menschen und Frauen besser zu beteiligen. Dazu werde ich im März erste konkrete Vorschläge machen.

Du pendelst zwischen deinem Wahlkreis Munster in Niedersachsen und Berlin. Was vermisst du in Munster und was in Berlin?

Ich finde es toll, beides zu haben: Großstadt und Landleben. Munster ist meine Heimat, da bin ich geboren und aufgewachsen. Ich lebe dort direkt am Waldrand und kann abschalten. Wenn ich in Berlin bin, vermissе ich manchmal die Ruhe und Unaufgeregtheit.

Text Oliver Ronnisch
Foto Philippe Grangeaud

Radikaler Neubeginn

Die Sozialdemokratie steckt in vielen anderen Ländern Europas in einer Krise. In Frankreich erreichte der sozialistische Kandidat bei den letzten Präsidentschaftswahlen gerade noch 6,4 Prozent. Ein Blick auf den schwierigen Erneuerungsprozess der PS.



DER NIEDERGANG der französischen Parti Socialiste (PS) beginnt paradoxerweise mit einem Wahl-Triumph. 2012 wird der Sozialist Francois Hollande in der Stichwahl mit 51,6 Prozent gegen den bisherigen Amtsinhaber Nicolas Sarkozy zum zweiten sozialistischen Präsidenten der Fünften Republik gewählt.

Doch schon knapp nach der Wahl geraten sowohl Hollande als auch die PS in einen gegenseitigen Abwärtssog. 2008 regierten die Sozialisten in 53 Prozent aller Gemeinden mit mehr als 9.000 Einwohnern, 2014 noch in 38 Prozent. Die Stadt Limoges (gut 130.000 Einwohner) etwa wurde seit 1912 von den Linken regiert. Bei der Europawahl 2014 ist der Front National doppelt so stark wie die PS. Die nachfolgenden Senatswahlen (zum parlamentarischen Oberhaus) lassen die Partei von 177 auf 151 Mandate absacken. 2015 verliert sie die Mehrheit jeweils eines Großteils der Departements und der Regionen. Bei der Präsidentschaftswahl 2017 erringt der sozialistische Kandidat Benoît Hamon mit gerade 6,36 Prozent das schlechteste Ergebnis seit fast 50 Jahren. Bei den nachfolgenden Parlamentswahlen kann die Partei weniger als 10 Prozent ihrer Sitze behaupten.

Der Abstieg der Partei zeigt sich auch organisatorisch: Von 260.000 Mitgliedern im Jahr 2007 sollen Ende letzten Jahres 90.000 übriggeblieben sein. Die wahren Zahlen dürften wohl eher gegen 40.000 tendieren. Tausende haben die Partei Richtung Linkspartei von Mélenchon, „La République en marche“ von Macron und nun auch zur Bewegung „Génération-s“ des ausgetretenen Hamon verlassen. Ganze Sektionen sind mit einem Schlag verschwunden oder haben ihre aktivsten Mitglieder verloren. Die Partei musste ihre Pariser Parteizentrale in der rue Solférino verkaufen und den Großteils ihres hauptamtlichen Apparats entlassen. Der desolate

FOTO LINKE SEITE

Olivier Faure ist Vorsitzender der „Nouvelle Gauche“, wie sich die Parlamentsfraktion der Sozialisten in der französischen Nationalversammlung nennt. Anfang 2018 kündigte Faure an, sich als Vorsitzender der Parti Socialiste zu bewerben. Dieser wird Ende März 2018 in einer Urwahl bestimmt.

Zustand der PS machte einen radikalen Neubeginn notwendig. Seit dem Rücktritt des Parteivorsitzenden Cambadélis im Sommer wird die Partei von einer kollektiven Direktion geführt, die den Transformationsprozess unter dem Titel „Neugründung“ bis zur Neuwahl eines oder einer neuen Vorsitzenden anleiten soll. Dazu wurde im September in einem Parteireferendum ein Plan für die kommenden Etappen festgelegt.

Offene Onlineforen haben die Debatte eröffnet. Dort konnten Vorschläge zu vorab definierten Leitfragen abgegeben werden. Ziel ist, eine offene Kritik der Regierung Hollandes, der Wahlkämpfe und der Vorwahlen mit konkreten politischen

T
I
T
E
L

Erfahrungen und gesellschaftlichen Konflikten vor Ort sowie mit neuen Ideen für eine künftig fortschrittlichere Politik zu verbinden. Lokale Diskussionen mit der Basis ergänzen den Prozess. Im Dezember vergangenen Jahres wurden alle diese Beiträge schließlich gebündelt der Parteiöffentlichkeit präsentiert.

Parallel dazu veranstaltet die Direktion wöchentliche Debatten über zentrale gesellschaftliche Fragen mit Vertretern von Wissenschaft, Gewerkschaften und der Bürgergesellschaft. Ein weiteres Parteireferendum behandelt die konkrete Ausgestaltung des Parteitages am 7. und 8. April in Aubervilliers bei Paris. Auch der neue Parteivorsitzende soll Ende März per Mitgliedervotum gekürt werden. Zentral für den gesamten Prozess ist die fortwährende Einbindung der Basis in quasi alle Zwischentappen bis zum Parteitag.

Was bis heute fehlt, ist eine klare Benennung, wohin der Weg inhaltlich gehen soll und wie sich die PS, links und rechts eingeteilt von neuen politischen Bewegungen, im politischen Spektrum positionieren soll: Klar links wie in Großbritannien oder eher mittig-sozialliberal? Mit dem Kongress im April kann der Prozess der Neugründung keinesfalls abgeschlossen sein. Bereits jetzt sind für das ganze Jahr 2018 weitere Diskussionsforen angekündigt. Angesichts der realen Gefahr des Verschwindens des parteiorganisierten demokratischen Sozialismus in Frankreich, ist eine große Offenheit zu erkennen, alle Fragen unserer Zeit frank und frei zu thematisieren. Zumindest was den Anspruch angeht, sich und seine Politik der letzten Jahre auch radikal zu kritisieren, ist die PS in Europa Avantgarde.

*Autor Oliver Ronnisch ist stellv. Vorsitzender
des Freundeskreises Paris der SPD.*

Gelebte Demokratie

Nach einer leidenschaftlichen und kontroversen Debatte hat der SPD-Bundesparteitag am 21. Januar den Weg frei gemacht für Koalitionsverhandlungen mit CDU und CSU

DIE 600 DELEGIERTEN haben in einer emotionalen Auseinandersetzung um den richtigen Weg für die SPD gerungen und das Für und Wider von Koalitionsverhandlungen mit der Union diskutiert. Als „lebendige Demokratie“ beschrieb die stellvertretende Parteivorsitzende Malu Dreyer zum Auftakt die Debatte. Am Ende votierten 362 Delegierte und Vorstandsmitglieder für die Weiterführung der Gespräche mit der Union, 279 stimmten dagegen, es gab eine Enthaltung.

Aus Berlin waren 23 Delegierte im Bonner World Conference Center vor Ort. Viele von ihnen – Annika Klose, Christian Haß, Gerlinde Schermer, Ruppert Stüwe, Kevin Kühnert und Julie Rothe – meldeten sich in der Aussprache zu Wort.



OBEN
Malu Dreyer

UNTEN

Martin Schulz

RECHTS

Kevin Kühnert





RECHTS
Malu Dreyer und
Michael Müller

Fragen Christina Bauermeister
Foto Simone Ruckstuhl

„Wir brauchen eine mutige Utopie“

Stefanie Horn ist vor gut einem Jahr in die SPD eingetreten.

Fast zeitgleich hat sie einen Wahlkampf-Job im Willy-Brandt-Haus im Bereich ‚Kommunikation und klare Sprache‘ angenommen.



LINKS

Stefanie Horn arbeitet als geschäftsführender Vorstand bei „Yashar – Stiftung für deutsch-israelische Perspektiven“

LIEBE STEFANIE, du bist im vergangenen Jahr voll in den Politikbetrieb der SPD gestartet. Warum hast du dich dafür entschieden?

Ich wollte mich für eine Gesellschaft einsetzen, in der Frauen und Männer endlich gleichberechtigt sind, in der Bildung kostenfrei ist, wir unsere Angehörigen in der Pflege in den besten Händen wissen und wir inmitten eines solidarischen Europas leben. Vor allem wollte ich gemeinsam mit der SPD verhindern, dass die AfD mit ihrer menschenverachtenden Ideologie in den Bundestag einzieht. Ich dachte, wenn, dann kann das nur unsere Partei schaffen.

Wie sieht dein Zwischenfazit nach einem Jahr in der Parteizentrale aus?

Für mich war dieses Jahr eine wertvolle Erfahrung und ich konnte mit meinen Kolleginnen und Kollegen einiges auf den Weg bringen. Wie einen Leitfaden zum Thema klare und alltagsnahe Sprache sowie Handlungsstrategien für den Umgang mit Hetze im Netz entwickeln. Mit einigen großartigen Frauen im WBH habe ich das Thema Gleichstellung vorangebracht. Ich hätte jedoch nicht gedacht, dass wir in vielen Bereichen noch am Anfang stehen – gerade beim Thema Gleichstellung war ich geschockt. Die SPD hat es im Wahlkampf nicht geschafft, den Menschen mit überzeugenden Botschaften zu vermitteln, wie wir ihr Leben besser machen wollen. Wir hatten kein klares Profil. Was wir brauchen, ist eine mutige Utopie, eine positive Zukunftsvision, die dem Hass und der Angstmacherei der AfD etwas entgegensetzt.

„Wir sollten viel mehr mit den Menschen über ihre Alltagsprobleme sprechen, anstatt nur über sie zu reden“

In welchem Politik-Bereich sollten wir anfangen, diese Zukunftsvision zu entwickeln?

Statt ein einzelnes Politikfeld herauszugreifen, sollten wir uns erstmal fragen, in was für einer Gesellschaft wir leben wollen. Die SPD sollte in der Lage sein, in zwei bis drei Sätzen zu sagen, wofür sie steht und genau wissen, was ihre Zielgruppe ist. Dabei sollte uns die digitale Revolution keine Angst machen, sondern wir sollten sie im Interesse der Menschen gestalten. Um unsere Demokratie zu bewahren, brauchen wir echten politischen Diskurs in unserem Land – vor allem zwischen den großen Volksparteien. Ich bin für die Einrichtung eines Change Managements, bei dem wir auch die Ideen von externen Expertinnen und Experten beispielsweise aus der Wirtschaft einbinden. Und vor allem sollten wir viel mehr mit

den Menschen über ihre Alltagsprobleme sprechen, anstatt nur über sie zu reden.

Wie wurdest du als Neumitglied vor Ort aufgenommen und wie siehst Du die Situation mit den Neumitgliedern?

In meiner Abteilung herrscht eine sehr schöne Atmosphäre und ich fühle mich absolut willkommen. Ich fürchte jedoch, dass trotz vieler Bemühungen einige Neumitglieder, die mit großem Taten-drang eingetreten sind, nicht bleiben werden. Denn einige nehmen die SPD als verstaubten Bürokratieapparat und als wenig inspirierend wahr. Was ich mir daher wünsche, sind mehr direkte und zeitnahe politische Gestaltungsmöglichkeiten – neben Antragstellungen und tagelangen Parteitagen, bei denen Neu-

mitglieder nicht mitdiskutieren können. Sei es in Bezug auf die steigenden Mietpreise im eigenen Kiez, Wohnungslose, die im Winter zu erfrieren drohen, oder das Krankenhaus, das seine Patientinnen und Patienten nicht würdevoll behandelt, weil das Personal völlig überlastet ist.

Hast du ein ehrenamtliches Projekt, das du demnächst anstoßen möchtest?

Ich finde die Themen Mietpreise und Pflege sehr wichtig. Tür-zu-Tür-Aktionen sind ein guter Ansatz; gehen mir aber nicht weit genug. Daher würde ich in meiner Abteilung gerne vorschlagen, dass wir uns mit dem Thema Community Organizing beschäftigen – Barack Obama ist bei diesem Thema ein Vorbild für mich.

UNSER SERVICE FÜR NEUMITGLIEDER

Auf unserer Seite www.spd.berlin/service/neumitglieder/ findest du einen Wegweiser für dein Engagement vor Ort, in den Arbeitsgemeinschaften oder Fachausschüssen sowie aktuelle Termine. In unserem Neumitglieder-Newsletter informieren wir dich über aktuelle Entwicklungen und besondere Angebote. Zusätzlich kannst du dich über Facebook mit anderen Neumitgliedern in einer Gruppe vernetzen: www.facebook.com/groups/spd.in.bewegung/ Noch Fragen? Dann schreib eine E-Mail an: neumitglieder.berlin@spd.de

Gut aufgestellt?!

Um sich zu erneuern, muss die Partei auch organisatorisch neue Wege gehen

AN DEM SPD-ERGEBNIS der Bundestagswahlen 2017 gibt es nichts zu beschönigen. Das gilt auch für Berlin. Mit Blick auf die Situation unserer europäischen Schwesterparteien ist jedem Parteimitglied klar: Wir müssen handeln – jetzt! Das betrifft die inhaltliche Ausrichtung ebenso wie die strategische und organisationspolitische Erneuerung. Der Parteivorstand hat dazu den Beschluss „Die #SPDERNEuern: Unser Weg nach vorne“ gefasst. Nach den Wahlen haben wir auf allen Ebenen in der SPD Berlin (auch kontrovers) debattiert. Auf dem Landesparteitag im November wurden viele Anträge eingereicht, die die Breite der Diskussion widerspiegeln und die eines verdeutlicht: Die Berliner Mitgliedschaft hat die Entschlossenheit, die SPD von morgen zu gestalten und dem Anspruch als stärkste Hauptstadt- und Regierungspartei für die Zukunft gerecht zu werden.

Der Landesvorstand hat eine organisationspolitische Kommission beschlossen, die zum Landesparteitag am 2. Juni 2018 einen ersten Zwischenbericht vorlegen wird. Neben bereits vorhandenen Papieren, wie der Analyse aus dem Abgeordnetenhauswahlkampf 2016, werden die Anträge aus der Mitgliedschaft beraten und entsprechender Handlungsbedarf abgeleitet. Dabei geht es um Fragen zur Unterstützung von strukturschwächeren Gebieten und der Stärkung der Mitgliederbeteiligung (Stichwort Digitalisierung). Weitere Punkte sind die Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Parteiarbeit sowie die Belebung des Parteilebens für langjährige UND die zahlreichen Neumitglieder. Einige Fragen sind sicherlich nicht neu. Wir müssen sie aber zeitgemäß im Sinne der Erneuerung beantworten. Eines ist mir besonders wichtig: Die Ergebnisse aus der Kommission dürfen nicht in einem „Man-müsste-mal“ versanden, sondern die SPD Berlin für die Zukunft besser aufstellen.



OBEN
Anett Seltz ist
seit Januar 2017
Landesgeschäftsführerin der
SPD Berlin

„Wir brauchen wieder SPD pur“

Der Lichtenrader Kevin Kühnert ist seit November 2017 Bundesvorsitzender der Jusos. Christina Bauermeister sprach mit ihm über die Zukunft der SPD und der Jusos.

LIEBER KEVIN, der SPD-Parteitag hat mit knapper Mehrheit für die Aufnahme von Koalitionsgesprächen mit der Union gestimmt. Du hast in deiner Rede versöhnliche Töne angeschlagen, u.a. die Erfolge der SPD-Delegation bei den Sondierungsgesprächen gelobt. Welchen Kevin werden wir im weiteren Verlauf erleben? Den kämpferischen oder den moderaten?

Beides in einem natürlich. Ich habe ja nicht erst auf dem Parteitag angefangen, über die Verhandlungserfolge der SPD zu sprechen. Unsere Delegation hat gut verhandelt, aber in den meisten Politikfeldern sind die Gemeinsamkeiten mit der Union nun mal aufgebraucht. Das werde ich auch weiterhin ansprechen.

Du hast ausdrücklich den fairen Umgang der Parteispitze mit den GroKo-Gegnern gelobt. Was wünschst du dir in Bezug auf den Mitgliederentscheid? Was sich nicht wiederholen darf, sind

die Jubelarien vom letzten Mitgliederentscheid. Ich möchte, dass unsere Partei im Rahmen ihrer Öffentlichkeitsarbeit und bei Veranstaltungen auch der Gegenposition Raum zugesteht. Dann haben wir einen echten Wettstreit der Argumente und können uns als das präsentieren, was wir sind: die wohl diskussionsfreudigste und demokratischste Partei in diesem Land.

Beim Parteitag im Dezember sagtest du, dass die Jusos ein Interesse daran haben, dass von diesem Laden noch etwas übrigbleibt. Siehst du die Partei wirklich derart in ihrer Existenz bedroht?

Viele wollen wissen, was eigentlich SPD pur ist. Die Große Koalition steht für vieles, aber ganz sicher nicht für SPD pur. Inhaltliche Erneuerung bedeutet für mich, sich auch sehr kritisch mit der bisherigen Regierungspolitik auseinanderzusetzen und die Unterschiede gegenüber der Union stärker herausarbeiten. Mir fehlt



die Fantasie, um mir vorzustellen, wie wir das mit einer erneuten Koalition mit der Union hinbekommen können. Denn als Korrekturorgan für Angela Merkel wird die SPD auf Dauer nicht gebraucht.

Das heißt, entscheidend ist für dich die programmatisch-personelle Erneuerung nach außen und weniger die organisatorische nach innen ...

Politische Parteien werden primär für ihr Programm gewählt und nicht für ihre Strukturen. Wenn unsere Inhalte die Leute nicht begeistern, können wir noch so modern, partizipativ und digital sein. Am Ende werden wir beides brauchen.

Welches Thema eignet sich für die SPD, um eine Zukunftsvision zu skizzieren, die die Menschen auch wirklich erreicht?

Für die SPD muss die soziale Frage immer im Mittelpunkt stehen. Vermögen ist in Deutschland extrem ungleich verteilt. Der Betrag, den Vermögende aus ihren Vermögen über Immobilien, Depots und Aktien heraus verdienen, ist um ein Vielfaches höher als der Betrag, den die abhängig Beschäftigten aus ihrer Erwerbsarbeit erzielen.

Das kann eine sozialdemokratische Partei nicht kalt lassen. Es kann nicht sein, dass insbesondere Geringverdiener über einen längeren Zeitraum Reallohnverluste hinnehmen müssen und andere gleichzeitig gegen läppische Steuern Milliardenbeträge vererbt bekommen.

Es soll künftig onlinebasierte Themenformen geben, bei denen sich Mitglieder zeit- und ortsungebunden über Themen austauschen können, um z.B. einen gemeinsamen Antrag zu entwickeln. Ist das für dich ein Schritt in die richtige Richtung?

Uns gehen unglaublich viele Ressourcen und Gedanken von klugen Menschen in der SPD verloren, weil diese sich aufgrund ihrer persönlichen Lebensumstände nicht in die normale Ortsvereinsarbeit einbringen können. Ein höheres Maß an Online-Partizipation ist deshalb absolut notwendig.

Doch wir dürfen jetzt nicht den Fehler machen und die neue Struktur gegen die alte ausspielen. Das Rückgrat der SPD bleibt die Arbeit in den Ortsvereinen, Unterbezirken und Arbeitsgemeinschaften. Uns ist überhaupt nicht geholfen, wenn wir den Leuten dort den Eindruck vermitteln, ihre Arbeit sei von gestern. Was wir brauchen, ist eine Verzahnung von analoger und digitaler Beteiligung.

Zur Erneuerung gehört auch eine strategische Neuausrichtung der SPD. Oskar Lafontaine hat vor kurzem die Bildung einer Art linken Volkspartei mit Gewerkschaften, Sozialverbänden und Kulturschaffenden gefordert. Was hast du gedacht, als du diesen Vorschlag gehört hast?

Oskar Lafontaine steht seit 20 Jahren für die Spaltung der politischen Linken in Deutschland. Er ist nun wirklich der Letzte, der solche Empfehlungen abgeben sollte. Es ist jedoch richtig, dass man für linke Mehrheiten auch arbeiten muss. Wir hatten bereits zwei Mal in den letzten zwölf Jahren die Situation, dass eine

rot-rot-grüne Koalition im Bundestag eine Mehrheit gehabt hätte.

Im Moment fehlt es allen drei Parteien auf Spitzenebene an Gesprächskanälen zueinander. Wir als SPD müssen selbstbewusst die Gemeinsamkeiten und Unterschiede mit den Linken und Grünen auf Bundesebene ausloten. Und wir in der Berliner SPD müssen uns bewusst machen, dass wir eine Vorbildrolle für dieses Bündnis haben.

Zu einem ganzheitlichen Erneuerungsprozess gehört es, alle Gliederungen der Partei in den Blick zu nehmen; auch die Jusos. Welche Ziele habt ihr euch selbst für das Erneuerungsjahr 2018 gesetzt?

Klar sind wir Jusos als Teil der Partei auch in der Pflicht, den Erneuerungsprozess mitzugestalten. Wir denken nicht, dass bei uns schon alles besser läuft. Wir wollen als Jugend-Verband die unterschiedlichen Lebensrealitäten von jungen Menschen noch besser verstehen, um sie schrittweise zu verbessern. Im Bundestagswahlkampf war uns deshalb die Einführung einer Mindestausbildungvergütung so wichtig. Wir wollten den Auszubildenden damit zeigen, dass es eine politische Organisation gibt, die sehr genau weiß, was in ihrem Leben abgeht: Nämlich, dass viele Azubis heute nicht auf eigenen Beinen stehen können, weil sie so mies bezahlt werden.

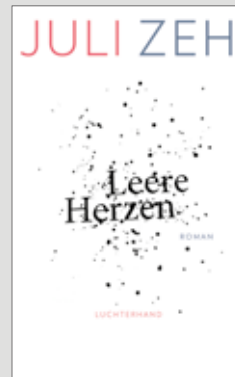
Für uns heißt Erneuerung vor allem: Rausgehen und viel sprechen. Ich habe mir beispielweise für den Juso-Bundesvorstand vorgenommen, dass wir Sitzungen regelmäßig an Besuche in Betrieben koppeln. Denn nichts übertrifft die Qualität eines persönlichen Gesprächs.

Juli Zeh: Leere Herzen

*„Richtig und falsch existieren erst,
nachdem man sich entschieden hat.“*

BRITTA IST GLÜCKLICHE MUTTER einer vierköpfigen Familie. Sie liebt ihren Mann, hat Erfolg im Beruf und führt ein aufgeräumtes Leben „in einem ruhigen Wohnviertel, praktisch, geräumig, leicht zu reinigen, genau wie Braunschweig selbst, gerade Linien, glatte Flächen, frei von Zweifeln.“ Diese Beschreibung trifft auch auf den Charakter der Protagonistin zu – so scheint es zumindest. Britta steht stellvertretend für ihre Zeit, in der im Privaten nicht über Politik geredet wird, in der Überzeugung ein Fremdwort ist. Sie hat sich gut eingerichtet im Post-Merkel-Deutschland 2025, in dem es materiell niemandem an etwas fehlt: volle Hände, leere Herzen. Doch peu-à-peu erkennt der Leser die Perfidität dieser gleichgültigen Konsumgesellschaft, in der eine von der rechtspopulistischen „Bewegte Bürger Bewegung“ angeführte Regierung die Demokratie abschafft. Ein Deutschland, in dem Selbstmordanschläge zu einem probaten Instrument der politischen Agitation geworden sind. Und er erkennt die Selbstlüge der Protagonistin, die auf zynische Weise von der Orientierungslosigkeit der Menschen profitiert. Aus dieser provokanten Konstellation entwickelt Juli Zeh einen raffinierten Politthriller.

„Leere Herzen“ regt mit einer Überfülle von Verweisen ins Hier und Jetzt zum Nachdenken an: Wenn Frexit oder bayerische Separatisten Normalität sind,



Juli Zeh: Leere Herzen.
Roman. Luchterhand
Verlag, München 2017.
ISBN 978-3-630-87523-1
352 Seiten, geb., 20,- EUR

auch als eBook
ISBN 978-3-641-19574-8
15,99 EUR

wenn der Regierungssprecher zugleich Sprecher von Google ist, wenn die Innenministerin zufällig Wagenknecht heißt oder wenn Handys nur noch mit „vorinstallierten Kanälen“ zu kaufen sind. Juli Zeh schreit regelrecht: Liebe Leser, diese Geschichte spielt nicht in einer fernen Zukunft, sondern im Übermorgen! „Da. So seid ihr“, prangert sie die Teilnahmslosigkeit der deutschen Mehrheitsgesellschaft an. Wehret den Anfängen. Die Autorin warnt mit ihren eindeutigen Bezügen zur Realität 2017 vor „jenen notorischen Nörglern, die seit Jahrzehnten mit ihrer Missgunst und Kleinkariertheit an den Fundamenten der Demokratie graben. Die das Internet in eine Schlammschleuder verwandelt haben.“

Sollten mehr Menschen Juli Zehs Weckruf hören, wird ihr Buch in Vergessenheit geraten. Hoffen wir, dass es so kommt!

Text Christina Bauermeister
Fotos Nico Roicke

Lisa lässt nicht locker

Erneuerung heißt für die SPD auch, sich wieder mehr um die alltäglichen Sorgen der kleinen Leute zu kümmern. Dass ihr jemand wirklich zuhört, wünscht sich auch Lisa von der Politik. Deshalb ist sie vor knapp zwei Jahren SPD-Mitglied geworden.



„JETZT VORSICHTIG nach vorn ziehen, etwas weiter runter; halt, nicht zu mir mit dem Ärmel, zur Seite und jetzt ein wenig nach unten“. Geschafft. Der rechte Arm von Elisabeth Schmidek ist in der Jacke. Beim Anziehen und beim Wechsel vom Hocker auf den Rollstuhl hilft ihr eine Mobilitätshelferin.

Allein rausgehen kann die 59-Jährige nicht. Trotzdem versucht sie, mit kleinen selbstgebauten Hilfsmitteln so gut es geht selbstständig zu bleiben. Im Flur ihrer kleinen Wohnung in einem Hochhaus am Springpfuhl in Marzahn hat sie eine Aufhängung für ein Fahrrad mit Wäscheklammern zu einer Anziehhilfe für ihre Jacke umfunktioniert. In den linken Ärmel schlüpft sie damit schnell rein. Aber mit dem rechten Arm gibt es Probleme. Lisa kann ihren Arm nicht so weit nach oben strecken. „Es funktioniert noch nicht ganz, aber ich arbeite weiter daran.“

Elisabeth Schmidek war 28 Jahre alt und eine sportliche, modebewusste Frau, als ein zu spät behandelter Zeckenbiss ihr Leben dramatisch veränderte. Der Zeckenbiss löste bei der Beamtin im mittleren Dienst eine Borreliose aus. Daraus entwickelte sich bei Lisa entzündliches Rheuma. Durch die fortschreitende Polyarthrit

*„Ich bin noch zu jung,
um Topflappen zu stricken“*

is versteiften sich ihre Gelenke, Beine, Schultern, Ellenbogen, Finger. Vor 18 Jahren zwang sie die Krankheit in den Rollstuhl. Der Arzt riet ihr, einen Platz im Pflegeheim zu beantragen. „Ich bin aber noch zu jung, um Topflappen zu stricken“, sagt Lisa in ihrer gewohnt direkten Art. Sie wollte weiterhin Chefin bleiben über ihr Leben, gehört werden und mitentscheiden.

Vor knapp neun Jahren zog sie von Stuttgart nach Berlin. Die Wohnsituation in Stuttgart war katastrophal, die staatliche Hilfen für Behinderte dafür sehr gut ausgebaut, erzählt sie. „Als ich nach Berlin kam, war ich erstmal ziemlich erschrocken, wie wenig Unterstützung es hier für behinderte Menschen gab“, sagt sie.

Einmal in der Woche kommt eine Mobilitätshelferin zu ihr in die Wohnung. Heute muss sie u.a. zur Post, um zwei Pakete wegzubringen und zum Baumarkt. Sie möchte einen Sammelordner aus Holz so zuschneiden lassen, dass sie ihn als Aufbewahrung für ihre vielen Bücher (u. a. über alternative Heilmedizin und Kunst) nutzen kann. Mehr als vier Stunden ist sie an diesem Tag draußen unterwegs. Normalerweise steht älteren geh- oder sehbehinderten

„Einzelne Politiker nehmen Inklusion und Teilhabe sehr ernst, die Regel ist das aber leider nicht. Manch einer würde sich um unsere Anliegen gern drücken, wiederum andere kennen uns nicht mal.“

Menschen nur an zwei Stunden in der Woche eine Mobilitätshilfe zur Verfügung. Viel zu wenig, um größere Besorgungen zu machen, findet Lisa. Seitdem kämpft sie u.a. in der AG Selbst Aktiv der Berliner SPD dafür, dass die sozialen Begleitdienste von der Politik finanziell gestärkt und ausgebaut werden. Die „Mobi-Hilfe“, die Lisa einmal in der Woche unterstützt, kommt von einem Besuchs- und Begleitdienst des Bezirks, der nicht vom Senat gefördert wird. In diese Projekte werden die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter über das Arbeitsamt gegen einen sehr geringen Lohn vermittelt. Lisa findet, dass die wichtige Alltags-Hilfe für behinderte Menschen, die weiterhin selbstbestimmt leben wollen, anständig bezahlt werden sollte. „Der Mindestlohn wäre doch da wohl das mindeste“, sagt Lisa.

Mit dem Solidarischen Grundeinkommen, das Michael Müller in die Debatte um die Zukunft des Sozialstaats eingebracht hat, würden die Begleitdienste mehr Wertschätzung erfahren. Bis dahin gibt es nur kleine Verbesserungen. Eine davon ist die Ankündigung der Senatsverwaltung für Soziales, dass die Berliner Mobilitätsdienste ab diesem Jahr mehr Mitarbeiter bekommen sollen. In jedem Bezirk soll es künftig mindestens zehn Vollzeitstellen geben, bisher waren es sechs.

Mit der S-Bahn fahren wir vom Springpfuhl bis zum Ostbahnhof. Als wir aussteigen wollen, fällt Lisa auf, dass die Bahnsteigkante zu hoch ist, um sie mir ihrem elektrisch-gesteuerten Rollstuhl zu überwinden. Sie hatte vergessen, gleich vorn beim Fahrer einzusteigen, der beim Ausstieg mit einer mobilen Rampe hilft. Wir fahren also weiter bis zur Jannowitzbrücke und dann wieder zurück.

Die Szene zeigt: S-Bahn-Fahren hat für Rollstuhlfahrer einige Tücken. Besonders geärgert hat sich Lisa über die Pläne für die neue





S-Bahn-Generation, die ab 2021 auf der Ringbahn verkehren soll. Bei einer Probe-Begehung des neuen Modells fiel ihr sofort auf, dass die Gänge enger geworden sind. Der Mehrzweckbereich ist viel zu klein. Zudem gibt es feste Plätze für Rollstuhlfahrer. „Wie soll ich aber in einem Zug durch die Kabine an Kinderwagen und Fahrrad oder an anderen Rollstühlen vorbei rückwärts an meinen Platz fahren, fragt sich Lisa.

Doch es kommt noch schlimmer. Es gibt in den Eingangsbereichen nun jeweils zwei senkrechte Haltestangen, auf jeder Seite eine. Rollstuhlfahrern wird dadurch der freie Einstieg wie bisher verwehrt und auf die Mehrzweckbereiche beschränkt. „Das ist ja fast schon behindertenfeindlich“, sagt Lisa wütend. Sie hat beim Land und bei der S-Bahn Beschwerde eingelegt. Und nach dem letzten Stand sieht es gut aus, dass zumindest die Haltestangen an den Mehrzweckbereichen entfernt werden. Ein Teilerfolg, aber Lisa lässt nicht locker.

Fotos Marlon Bünck

Wir schaffen das

Fotograf und Berliner SPD-Mitglied Marlon Bünck dokumentierte 2015 die Flucht auf der Balkanroute



OBEN

Szene kurz vor der Eskalation zwischen Flüchtlingen auf serbischer Seite und Polizisten auf ungarischer Seite.

RECHTS

Ein Mädchen wartet auf den Schultern ihres Vaters auf einen der wenigen Züge in Kroatien



LINKS
Der erst wenige Tage
alte Grenzzaun zwischen
Ungarn und Serbien



OBEN
Die ungarische Polizei setzte
Wasserwerfer ein, um die
Flüchtlinge am Stürmen der
Grenze zu hindern.

DIR HAT DIE
BERLINER STIMME
GEFALLEN?
DANN SICHERE
DIR DIE NÄCHSTE
AUSGABE!

FÜLLE DAS FORMULAR AUS
ODER NUTZE DIE KONTAKTDATEN
AUS DEM IMPRESSUM